

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

<http://thoughtleader.co.za>, 4.12.2013) – insgesamt jedoch ist Deutschlands Migrationspolitik in den südafrikanischen Medien eher ein Randthema.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Wie bereits beschrieben unterscheidet sich Südafrika in Bezug auf Migration deutlich von den anderen Ländern Afrikas. Zwar verlassen auch Südafrikaner ihr Heimatland, jedoch meist unter relativ komfortablen Bedingungen, um in Großbritannien oder Australien eine neue Existenz aufzubauen. Darüber hinaus ist Südafrika in erster Linie Zielland für Migranten aus dem südlichen Afrika sowie Zentralafrika.

September 2015

In der breiten Bevölkerung wird die Zuwanderung nach Südafrika als problematisch wahrgenommen. Viele Südafrikaner sind davon überzeugt, dass Einwanderer Jobs wegnehmen und die ohnehin schon hohen Arbeitslosenzahlen noch weiter in die Höhe treiben. Dies gilt insbesondere im informellen Arbeitssektor, der laut Schätzungen für ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes verantwortlich ist. Verschärft wird die Problematik durch den schwachen südafrikanischen Bildungssektor, so dass insbesondere Zuwanderer aus dem Nachbarland Simbabwe oft die bessere Ausbildung mitbringen.

www.kas.de

Rassismus gegenüber schwarzen Zuwanderern ist ein alltägliches Problem, das sich immer wieder in Gewalttaten oder sogar mehrtägigen Aggressionswellen manifestiert. Ziel sind dabei oft die Läden von Einwanderern in strukturschwachen Gebieten, die geplündert und angezündet werden. Auch die Polizei fällt regelmäßig durch besondere Aggressivität gegenüber Zuwanderern auf – zuletzt wurden acht Polizisten wegen Mordes verurteilt, nachdem sie einen mosambikanischen Taxifahrer an ihr Fahrzeug gebunden und so zur Polizeiwache geschleift hatten, wo er später verstarb.

Gerade in den Großstädten wie Johannesburg, in denen sich besonders viele illegale Zuwanderer aufhalten, gibt es allerdings auch zahlreiche Organisationen, die sich um diese Menschen kümmern – allen voran Kirchen und Suppenküchen. Auch die Hilfsbereitschaft der Einwanderer untereinander ist hoch – besonders gegenüber Menschen der gleichen Nationalität oder mit entfernten Verwandtschaftsgraden.

Tansania

Stefan Reith / Stefanie Brinkel (28.08.2015)

In Tansania hat am 22. August 2015 offiziell der Wahlkampf für die am 25. Oktober anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen begonnen. Damit zusammenhängende Ereignisse dominieren derzeit die Berichterstattung im Land. Die Themen Migration und Flucht werden von der englischsprachigen Presse lediglich in der Rubrik „Internationales“ aufgegriffen. In den swahilisprachigen Medien des Landes werden die Themen nur sehr vereinzelt behandelt.

Am Dienstag, den 25. August 2015, wurde in zwei von drei englischsprachigen Zeitungen über die aktuellen Entwicklungen berichtet. Zudem griffen einige swahilisprachige Zeitungen die Thematik auf. Während am Mittwoch, den 26. August 2015, und am Donnerstag, den 27. August 2015, in der swahilisprachigen Presse nicht über die Themen berichtet wurde, informierten an beiden Tagen alle drei englischsprachigen Zeitungen in Tansania – d. h. der Guardian, Daily News und der Citizen – mit täglich insgesamt sechs Artikeln über die Flüchtlingskrise in Europa. Am Mittwoch erschien die Hälfte der entsprechenden Berichte im Guardian, am Donnerstag veröffentlichte die Zeitung Daily News den Großteil der Artikel.

Die Berichterstattung erfolgt rein deskriptiv, wobei u. a. auf Ressourcen der Nachrichtenagenturen Reuters und AFP zurückgegriffen wird. Eine eigene Analyse und Wertung sowie Positionierung politischer Akteure des Landes findet nicht statt.

Am Freitag, 28. August 2015, wurde erneut in allen drei englischsprachigen Zeitungen über die Themen Migration und Flucht berichtet. In der swahilisprachigen Presse griff ausschließ-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

lich die Zeitung „Uhuru“ die Thematik auf. Bei den Berichten handelt es sich nach wie vor um Artikel bzw. Übersetzungen internationaler Nachrichtenagenturen.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Themen Migration und Flucht zwar zumindest partiell in Tansania wahrgenommen werden, jedoch keine spezifische Auseinandersetzung erfolgt und die Thematik deutlich vom aktuellen Wahlkampf überlagert wird.

Uganda

Mathias Kamp (28.08.2015)

Die ugandischen Medien, vor allem die beiden großen Tageszeitungen „New Vision“ und „Daily Monitor“, berichten regelmäßig über die Flüchtlingskrise in Europa. Schlagzeilen machen dabei vor allem immer wieder die schlimmen Tragödien im Mittelmeer. Zuletzt wurde aber auch die Situation der Flüchtlinge in den Zielländern stärker thematisiert. Die „New Vision“ berichtete zum Beispiel ausführlich über die Lage in Deutschland und die Probleme der Fremdenfeindlichkeit am Beispiel Freital.

Die Diskussionen in den sozialen Medien lassen vor allem zwei Trends erkennen: Zum einen verurteilen viele Ugander die als „Abschottung“ wahrgenommene Flüchtlingspolitik der EU bzw. der europäischen Länder und fragen nach der Mitverantwortung der westlichen Länder an den Krisen, die als Ursache der Flüchtlingsströme gelten. Zum anderen wird aber auch die Verantwortung der afrikanischen Länder thematisiert. Kritische Beobachter fragen, warum sich afrikanische Regierungen und die Afrikanische Union nicht klarer zur Flüchtlingskrise positionieren. Gerade in den Kreisen der politisch aktiven Zivilgesellschaft wird auf die Probleme von Korruption und schlechter Regierungsführung als Ursachen für Armut und Konflikte – und damit letztlich für Flucht und Vertreibung – hingewiesen.

Die Frage nach der Verantwortung und der Reaktion afrikanischer Regierungen wird in den traditionellen Medien dagegen kaum thematisiert. Eine Ausnahme ist die Zeitung „The Observer“. Bereits im April fragte ein Leitartikel der Redaktion nach der „kollektiven Stimme Afrikas“ zur Flüchtlingskrise und kritisierte die afrikanischen Führer für ihr Schweigen und ihre Untätigkeit: „Wo bleibt der Krisengipfel der Afrikanischen Union? Wo bleibt der Masterplan der Afrikanischen Union zum Thema Migration? Wo bleibt das kollektive Engagement der afrikanischen Führer, um das Leid ihrer Völker zu beenden?“

Uganda selbst gilt im regionalen Kontext als relativ friedlich und stabil. So finden sich unter den Flüchtlingen, die den beschwerlichen Weg nach Europa auf sich nehmen, kaum Ugander. Umgekehrt ist Uganda von massiven Flüchtlingsströmen aus Nachbarländern betroffen. Am Beispiel Uganda lässt sich verdeutlichen, dass die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen nicht in Europa liegt. Der Großteil der Flüchtlinge in Afrika lebt schließlich in Flüchtlingscamps im eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Durch die Krisen in den Nachbarregionen des Ostkongo und des Südsudans erfährt Uganda einen großen Zustrom an Flüchtlingen. Im Jahr 2014 lebten nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks über 460.000 Flüchtlinge in Uganda. Mittlerweile dürfte die Zahl weit darüber liegen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Uganda eine äußerst liberale Flüchtlingspolitik verfolgt, die von den Vereinten Nationen als vorbildlich angesehen wird. Bereits seit Jahrzehnten leben Flüchtlinge und Einheimische hier friedlich nebeneinander. Die Flüchtlingspolitik in Uganda beruht auf der Annahme, dass Flüchtlinge das Land bereichern können, wenn sie sich produktiv einbringen – zum Beispiel durch die Kultivierung ungenutzten Landes. Und so erhält jeder Flüchtling bei Ankunft rund einen halben Hektar Land zugewiesen. Mit der Unterstützung von Hilfswerken sind sie in der Lage, dieses Land zu bewirtschaften. Und so entwickeln sich Flüchtlingslager letztlich zu nahezu vollwertigen Dorfgemeinschaften und Handelszentren.

Doch bei aller Bewunderung für die Offenheit und die Willkommenskultur Ugandas dürfen auch die sich abzeichnenden Probleme nicht übersehen werden. Das Land hat eine der am